

DIE FREIHEIT bei Geert Wilders



René Stadtkewitz und

Marc Doll trafen sich gestern mit Geert Wilders im niederländischen Parlament in Den Haag, um mit ihm die weitere Zusammenarbeit zu besprechen. PI begleitete die dreistündigen Gespräche und führte ausführliche Video-Interviews mit allen Beteiligten.

Wilders teilte mit, dass seine Partei PVV mittlerweile in den Niederlanden bei Umfragen bereits auf Platz zwei liegt. Er bekräftigte, wie wichtig die Partei DIE FREIHEIT für Deutschland ist, da sie aus der Mitte der Gesellschaft kommt.

Wilders sieht ein großes Potential für diese neue politische Kraft, da die starke Unterstützung für Sarrazins Thesen den Wunsch nach einem Politikwechsel bekräftigt.



Gegenüber PI machte Wilders deutlich, welche Maßnahmen gegen die Islamisierung ergriffen werden müssen. Er zeigte sich sehr EU-kritisch und mahnte deutliche Veränderungen an. Außerdem äußerte er sich zur Zukunft des Euro und des gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsraumes.



Die ausführlichen Interviews folgen in Kürze.

Bremen: BIW fordern OSZE-Wahlbeobachter an



Die bundesweite Wählervereinigung „[Bürger in Wut](#)“ war bei ihrem ersten Wahlantritt im Bundesland Bremen im Jahre 2007 zunächst mit einer einzigen Stimme (!) an der 5-Prozent-Hürde gescheitert, obwohl alle ersten Hochrechnungen die BIW im Landtag sahen. Anschließend klagten sich die tapferen Funktionsträger der BIW durch alle Instanzen und deckten unzählige „Unregelmäßigkeiten“ bei der Wahl auf. Am Ende ordneten Bremens höchste Richter eine Wiederholungswahl an – allerdings nur in einem Stimmbezirk – wo die BIW mit 27,6 Prozent [zweitstärkste Kraft wurden](#) und Jan Timke (Foto, 40) sein Landtagsmandat errang.

Von der bundesdeutschen Linkspresse weitestgehend unbeachtet (weil zu konservativ) schrieben die Bürger in Wut zur Landtagswahl in Bremen am 13. Mai 2007 [Wahlgeschichte](#). Auch die letztinstanzlich vom Bremer Staatsgerichtshof auf Grund der Klage der BIW angeordnete Neuwahl der Landtagswahl nur in einem Stimmbezirk „[Freizeittreff Eckernfeld](#)“ stößt nicht nur bei Jurastudenten im ersten Semester sauer auf! Die unzähligen weiteren Unregelmäßigkeiten blieben [dabei unberücksichtigt](#).

Entsprechend fordern die „[Bürger in Wut](#)“ in einem sechzehnteiligen, fundierten Anschreiben an die [OSZE](#) (liegt der PI-Redaktion vor) Wahlbeobachter für die anstehende Landtagswahl am 22. Mai 2011 in Bremen an, zumal laut neuem Bremer Wahlgesetz jetzt [kumuliert und panaschiert](#) werden darf und das Wahl-Chaos im linksgrünen Bremen damit vorprogrammiert sein dürfte.

Die „Bürger in Wut“ [geben bekannt](#):

BIW fordern OSZE-Wahlbeobachter an

Timke: Wahlbereichsleiter Freitag hat Öffentlichkeit belogen!

Die Wählervereinigung BÜRGER IN WUT (BIW) hat die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) gebeten, Beobachter zur Bremischen Bürgerschaftswahl am 22. Mai 2011 zu entsenden. Das Gesuch wird mit Unregelmäßigkeiten bei der letzten Bürgerschaftswahl und der personellen Kontinuität im Wahlbereich Bremerhaven begründet.

Nach der Landtagswahl vom 13. Mai 2007 hatten die BÜRGER IN WUT ein Wahlprüfungsverfahren angestrengt, das zahlreiche Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften im Wahlbereich Bremerhaven zutage förderte. Im Mai 2008 erklärte der Staatsgerichtshof Bremen den Urnengang wegen „gravierender Wahlfehler“ für teilweise ungültig. Da diese Mängel nicht durch eine bloße Nachzählung der Stimmen geheilt werden konnten, ordnete das höchste Bremer Gericht eine Neuwahl im Bremerhavener Stimmenbezirk Freizeittreff Eckernfeld an. Es war das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, daß eine Landtagswahl wegen nachgewiesener Fehler der Wahlorgane teilweise wiederholt werden mußte.

Obwohl das Wahlprüfungsverfahren fast ein Jahr dauerte, wurde der Sachverhalt nie vollständig aufgeklärt. Noch immer ist nicht bekannt, mit welchem Mitarbeiter des Wahlamtes die Vorsteherin des Stimmbezirkes 132/02 (Freizeittreff Eckernfeld) am Wahlabend vereinbart hatte, die unausgezählten

Stimmzettel ins Stadthaus zu bringen. Offen blieb auch die Frage, warum im Rahmen der Neufeststellung des Ergebnisses eine Stimme mehr als ungültig gewertet wurde als zuvor bei der Auszählung im Wahllokal. Bekanntlich soll der Liste BÜRGER IN WUT seinerzeit nur eine einzige Stimme für den Einzug in den Landtag gefehlt haben.

Eine unabhängige Wahlbeobachtung ist aus Sicht der BIW aber auch deshalb erforderlich, weil aus den Ereignissen des Jahres 2007 bis heute keine personellen Konsequenzen gezogen worden sind. Magistratsdirektor Ulrich Freitag (SPD), der als Wahlbereichsleiter jedenfalls die politische Verantwortung für die Wahlrechtsverstöße trägt, ist weiter im Amt. Freitag war es auch, der auf der Sitzung des Wahlbereichsausschusses vom 21. Mai 2007 die ominösen Vorgänge im Stimmbezirk 132/02 mit keiner Silbe erwähnte. Statt dessen gab er zu Protokoll, daß die Wahl ordnungsgemäß abgelaufen sei. Für diese Falschbehauptung, die schließlich zur Feststellung eines fehlerhaften Wahlresultates in Bremerhaven führte, ist Ulrich Freitag nie zur Rechenschaft gezogen worden. Später behinderte Freitag wiederholt das Wahlprüfungsverfahren und damit die Sachverhaltsaufklärung. Der SPD-Politiker setzte sich dabei nicht nur über eine von BIW erwirkte Anordnung des Verwaltungsgerichts Bremen hinweg, sondern versagte seiner Stellvertreterin Renate Hunter sogar die Genehmigung, vor dem Staatsgerichtshof auszusagen.

Vor diesem Hintergrund zeigt sich Jan Timke schockiert über die Entscheidung des Senats, Ulrich Freitag auch für die diesjährige Wahl mit der Leitung des Wahlbereiches Bremerhaven zu betrauen:

„Freitag hätte schon wegen des Wahldebakels vom 13. Mai 2007 von seinem Posten entfernt werden müssen. Doch das ist nicht geschehen. Daß Freitag den Wahlbereichsausschuß und damit die Öffentlichkeit anlog, hat für den früheren Bürgerschaftsabgeordneten ebenfalls keine sichtbaren Konsequenzen gehabt. Vom skandalösen Verhalten des

Bremerhavener Magistratdirektors im Wahlprüfungsverfahren einmal ganz zu schweigen. Der Fall Ulrich Freitag zeigt einmal mehr, daß Vetternwirtschaft und linke Seilschaften im kleinen Bundesland Bremen nach 60 Jahren sozialdemokratischer Regentschaft tadellos funktionieren.“

Schon die Personalie Freitag legt die Befürchtung nahe, daß es auch bei der Bürgerschaftswahl 2011 in Bremerhaven erneut zu Unregelmäßigkeiten kommen könnte, die den Wählerwillen verfälschen. Deshalb ist die Anwesenheit von OSZE-Beobachtern bei der Wahl im Mai dringend geboten. Der Antrag von BÜRGER IN WUT wird derzeit vom zuständigen Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte in Warschau geprüft. Eine Entscheidung ist in Kürze zu erwarten.

Diesbezüglich hatte Jan Timke an den Bremer Senat bereits eine Anfrage gestellt. Bei der Beantwortung ließ Innensenator Mäurer (SPD) mal wieder tief blicken:

Selbstverständlich wurde mit Stimmenmehrheit von SPD, Grüne, CDU, FDP und Linke auch der Antrag auf einen Untersuchungsausschuss zur Klärung der „Unregelmäßigkeiten“ bei der Landtagswahl 2007 abgelehnt:

» PI: [Sonntagsfrage: BIW landesweit bei 5,5 Prozent](#)

(Herzlichen Dank allen Spürnasen)



99 Prozent für unabhängigen Südsudan



Nach jahrzehntelangen blutigen Auseinandersetzungen und der Ermordung Hunderttausender Christen bricht der Sudan in [zwei Teile](#): Fast 100 Prozent der christlichen Südsudanesen haben sich für die Abspaltung vom muslimischen Norden ausgesprochen. Das Endresultat der Volksabstimmung wird im Februar bekannt gegeben.

Die bisherige Regierung in Khartum hat bereits angekündigt, das Ergebnis anerkennen zu wollen. Noch unsicher ist, wo genau die Grenze zwischen den beiden neuen Staaten verlaufen wird.

» [Details zum sudanesischen Referendum](#)

Südkoreaner töten somalische Piraten



Bei der Befreiung des Frachters „Samho Jewelry“ wurden acht somalische Piraten von einer südkoreanischen Spezialeinheit getötet. Damit gehen die Asiaten einen anderen Weg als die EU, die bekanntlich auf Deeskalation setzt, und lieber das Scheckbuch zückt.

Der Spiegel [berichtet](#):

Sie nutzen Granatwerfer, Maschinenpistolen, Messer – die Piraten vor der somalischen Küste sind bei ihren Beutezügen stets schwer bewaffnet. Zur Abschreckung und zur Befreiung gekapertter Schiffe sind seit einigen Jahren internationale Kriegsschiffe in den Gewässern am Horn von Afrika im Einsatz – dennoch kommt es relativ selten zu gewaltsamen Zusammenstößen.

Bei der Befreiung des südkoreanischen Frachters „Samho Jewelry“ starben nun acht Piraten, der Kapitän des Containerschiffes wurde angeschossen.

Die „Samho Jewelry“ war vor einer Woche im arabischen Meer gekapert worden, als sie von den Vereinigten Arabischen Emiraten nach Sri Lanka unterwegs war. Am Freitag teilte ein Sprecher des Generalstabs der südkoreanischen Streitkräfte mit: Die Marine habe alle 21 Besatzungsmitglieder des Handelsschiffes aus der Gewalt somalischer Seeräuber befreit. Acht Piraten seien getötet worden, als die Marinesoldaten die „Samho Jewelry“ auf hoher See gestürmt und unter ihre Kontrolle gebracht hätten. Fünf Kidnapper seien bei der Rettungsaktion festgenommen worden.

Damit haben sich die Südkoreaner für den riskanteren Weg entschieden, der allerdings auch der kompromisslosere ist. In

Europa hingegen sind die Zeiten, in denen man mit Entführern nicht verhandelte, längst vorbei. Stattdessen herrscht die allgegenwärtige *Political Correctness*, und bevor der riskante Griff zur Waffe erfolgt, wird lieber das Scheckbuch gezückt.

Jährlich erpressen Piraten mehrere Millionen Dollar mit der Entführung von Handelsschiffen im indischen Ozean und dem Golf von Aden. Trotz einer großen Schutzflotte der Nato und der EU-Mission Atalanta in den Seestraßen der Region gelingt es den Seeräubern immer wieder, Frachtschiffe in ihre Gewalt zu bringen.

Nach Atalanta-Angaben befinden sich derzeit rund 30 Schiffe mit fast 700 Besatzungsmitgliedern in der Gewalt somalischer Piraten. Die Nichtregierungsorganisation Ecoterra, die auch Fischerboote und andere kleine Schiffe auflistet, spricht von mindestens 48 Schiffen und 822 Piratengeiseln.

Zumeist wird Lösegeld für die gekaperten Schiffe gezahlt, in der jüngeren Vergangenheit wurden aber auch immer wieder Frachter befreit. „Es kommt nur selten vor, dass Piraten angegriffen haben oder erschossen wurden“, sagte der Nato-Sprecher. „In den meisten Fällen werfen die Piraten alle Beweise über Bord, dazu gehören vor allem ihre Waffen.“ Noch seltener sei es, dass Gefangene umkämen. „Schließlich haben die Piraten ein Interesse daran, mit deren Leben Geld zu erpressen.“

Die EU-Mission Atalanta setzt stets auf Deeskalation. „Der Einsatz von Waffen ist für uns der letzte Ausweg. Wenn Piraten einmal ein Schiff in ihrer Gewalt haben, ist unser oberstes Ziel das Wohl der Besatzung“, sagt Patty O’Kennedy, Presseoffizier der EU Navfor, SPIEGEL ONLINE. Daher versuchten die Einsatzkräfte der Atalanta-Mission den Verhandlungen der Piraten mit den Reedern oder Schiffseignern nicht im Wege zu stehen.

Eine Militäroperation von NATO und EU, deren Strategie es ist,

den Piraten nicht im Wege zu stehen? Das klingt so widersinnig, dass es nur von Linken ersponnen werden konnte. Natürlich sollte man nie das Leben von Menschen unnötig riskieren. Die rückgratlose Bezahlmentalität der EU hat jedoch auch eine andere Seite: denn so wurde das Geschäft der Piraten überhaupt erst lukrativ, und deswegen suchen immer mehr Somalier ihr Heil im Entführen von Schiffen.

Zukünftig werden es sich die Piraten allerdings überlegen, ob sie noch mal einen Südkoreaner kapern, oder nicht lieber ein wenig warten... denn der nächste Europäer kommen bestimmt.



Scheich Mohammed nach neun Jahren überführt



Neun Jahre nachdem der Drahtzieher der Anschläge vom 11. September 2001, Scheich Mohammed (Foto l.), den jüdischen US-Journalisten Daniel Pearl (Foto r.) in Pakistan entführt, gefoltert, ihm die Hand

abgeschlagen und ihn enthauptet hat, konnte er der damaligen Tat endlich überführt werden. Die bisherigen Geständnisse wurden angezweifelt, weil sie mit Hilfe von Waterboardings zustande gekommen waren. Jetzt haben seine Hände den Mörderscheich verraten.

20 Minuten [berichtet](#):

Einen unabhängigen Beweis gab es ebenfalls nicht, im Video der Enthauptung sind nur die Hände des Täters zu erkennen. Genau diese scheinen ihn nun überführt zu haben: Dozenten und Studenten der Universität Georgetown in Washington haben während drei Jahren den Fall Pearl umfassend untersucht. Dabei verglichen sie die Hände des Mörders mit jenen von Chalid Scheich Mohammed und kamen anhand der Venen zum Schluss, dass es sich um die gleiche Person handeln muss. Dies zeigt der [Untersuchungsbericht](#), der vom „Center for Public Integrity“ veröffentlicht wurde und von US-Medien zitiert wird.

Interview war Falle

Der damals 38-jährige Daniel Pearl hatte als Reporter des „Wall Street Journal“ in Pakistan recherchiert, als er am 23. Januar 2002 auf dem Weg zu einem vermeintlichen Interview mit einem radikalen Prediger gekidnappt und etwa eine Woche später umgebracht wurde. Der Fall sorgte nicht zuletzt durch die brutale, auf Video festgehaltene Ermordung für Aufsehen.

...

Auch die Ermordung wird detailliert geschildert. Demnach hat Chalid Scheich Mohammed seinem Opfer zuerst „nur“ die Kehle aufgeschlitzt. Weil die Videokamera nicht funktionierte, habe er Pearl im zweiten Anlauf den Kopf abgeschnitten. Der Bericht zitiert Aussagen eines hochkarätigen Insassen des Lagers Guantánamo Bay in Kuba, wonach Al-Kaida-Chef Osama bin Laden über die öffentliche und brutale Abschachtung des US-Journalisten gar nicht erfreut gewesen sei: Sie habe dem

Terrornetz „unnötige Aufmerksamkeit“ verschafft.

Videos über Daniel Pearl:



Islamic Dealing



Nachdem uns bereits vom heilvollen *Islamic-Banking* berichtet wurde, erfahren wir heute [bei Welt-Online](#) vom *Islamic-Dealing*. Afghanistan macht es schon lange, und nun wohl auch der Iran: Geld verdienen mit Drogenanbau. Ob das Heroin der iranischen Revolutionsgarden auch „halal“ ist, konnten wir bisher noch nicht in Erfahrung bringen.

Der Iran – oder zumindest die iranische Revolutionsgarde – soll seit wenigen Jahren einer der größten Drogenhändler der Welt sein. Das geht aus einer ganzen Reihe als geheim klassifizierter US-Depeschen hervor, die „Welt Online“ vorliegen. Die Depeschen stammen von der amerikanischen

Botschaft in Aserbaidschan. Eine zentrale Aufgabe der Botschaft dort besteht darin, den Iran zu beobachten, denn es gibt intensive Kontakte zwischen den Volksgruppen in beiden Ländern. Der Drogenhandel läuft dort den Unterlagen nach direkt unter den Augen der Amerikaner ab: Die Hauptroute führt durch Aserbaidschan nach Europa.

Unter Bezug auf vertrauliche Angaben örtlicher UN-Ermittler der internationalen Drogenbekämpfungsbehörde meldet eine geheime Depesche vom 12. Juni 2009 einen schwindelerregenden Anstieg des Drogenhandels vom Iran über Aserbaidschan. Zumindest ist die Menge der beschlagnahmten Drogen sprunghaft angestiegen: Im ganzen Jahr 2006 seien nur 20 Kilo Heroin iranischen Ursprungs in Aserbaidschan entdeckt worden, im ersten Quartal 2008 dagegen 15.000 Kilo, und im ersten Quartal 2009 seien es schon „annähernd 59.000 Kilo“ gewesen. Das Heroin, so berichtet die Botschaft, sei nach Angaben der aserbaidschanischen Regierung „voll laboraufbereitet“ und „marktfertig“.

Freilich, wer sonst wirtschaftlich nichts zu Stande bekommt, weil das halbe Volk damit beschäftigt ist, von morgens früh bis abends spät den Koran auswendig zu lernen, muss sich halt alternative Geldquellen erschließen. Immerhin ist man im Iran schon weiter als in Afghanistan – schließlich ist Iranisches Heroin „voll laboraufbereitet“ und „marktfertig“. Das legt den Schluss nahe, dass es zwischen dem Opium-Anbau in Afghanistan und dem Laborbetrieb im Iran eine Verbindung geben könnte:

Wenn man das auf das ganze Jahr hochrechnet und berücksichtigt, dass etwa 20 Prozent des weltweit produzierten Heroins durchschnittlich von Sicherheitsbehörden beschlagnahmt werden, so lässt sich daraus nur ein Schluss ziehen: dass ein guter Teil des weltweiten Drogenhandels über den Iran läuft, dass der Iran den Löwenanteil der afghanischen Rohopiumproduktion kauft und der größte Teil der weltweiten Heroinproduktion im Iran erfolgt. Die Depeschen

zeigen auch, dass staatliche Stellen im Iran involviert sind. Wenn Drogen schmuggelnde Iraner von Aserbaidschan festgenommen und in ihr Heimatland ausgeliefert werden, sind sie oft schnell wieder im Geschäft.

In einer als „Secret/NoFORN“ klassifizierten Depesche (geheim, kein Zugang für Ausländer) versucht die amerikanische Botschaft in Baku am 26. September 2008 die Gründe für den explosionsartig wachsenden Drogenhandel aus dem Iran zu verstehen. Die Beschlagnahmungen entsprechen nur „rund einem Fünftel des Gesamtvolumens an Heroin, das nach Aserbaidschan kommt“, heißt es da, und „95 Prozent kommt aus dem Iran, fast die gesamte Menge geht weiter auf den europäischen Markt“.

Schätzungen zufolge geben Europas Drogenabhängige jährlich rund 15 Milliarden Euro für Heroin aus. Das bedeutet, dass die iranischen Drogenhändler bei Europas Konsumenten Hunderte Millionen, wohl eher mehrere Milliarden Euro abkassieren – ein Gramm Heroin kostet Experten zufolge auf der Straße (in Europa) etwa 60 Euro. Die Großhändler erhalten davon etwa die Hälfte.

Bleibt nur zu hoffen, dass es sich wenigstens um „halal“ produziertes Heroin handelt. Schließlich sind viele der hierzulande involvierten mittlerweile ebenfalls Muslime – seien es Händler, oder Endkunden.



TV-Tipp: Die Akte Gysi



Heute um 23:30 Uhr sendet *Das Erste* eine Dokumentation über das Leben des Gregor Gysi. Darin wird gezeigt, „wie aus einem willigen Helfer des DDR-Systems ein populärer, gesamtdeutscher Politiker wurde. Und wie er trotz aller Stasi-Vorwürfe immer noch als Stimme der Benachteiligten und Unterdrückten hofiert wird.“ Schade nur, dass die Sendung zu solch später Stunde läuft. **JETZT mit Video!**

In der [ARD-Beschreibung zum Film](#) von Silke König und Hans-Jürgen Börner heißt es erfreulich kritisch:

Gregor Gysi kennen alle. Denn er spielt viele Rollen: als charismatischer Politiker, als Stimme der Linkspartei und als gern gesehener Talkshow-Gast, egal zu welchem Thema. Seine Markenzeichen: emotionale Empörung, populistische Parolen.

Die mediale und politische Omnipräsenz provoziert aber immer wieder eine Frage: Gibt es einen anderen Gysi, einen, der früher mit der DDR-Stasi gekungelt hat? Er bestreitet das energisch, seine Anwälte versorgen allzu wissbegierige Journalisten mit entsprechenden Schriftsätzen und Gerichtsprozessen.

Die NDR/ARD-Dokumentation „Die Akte Gysi“ zeigt, wie aus einem willigen Helfer des DDR-Systems ein populärer, gesamtdeutscher Politiker wurde. Und wie er trotz aller

Stasi-Vorwürfe immer noch als Stimme der Benachteiligten und Unterdrückten hofiert wird. Der Film von Hans-Jürgen Börner und Silke König zeigt die Biographie eines Mannes im Spannungsfeld von inszenierten Auftritten und bedrückenden Stasi-Akten.

Gregor Gysis Karriere begann, fernab von Fernsehkameras, als Rechtsanwalt in der Deutschen Demokratischen Republik. Gysi wuchs als Funktionärskind eines prominenten Vaters, des Botschafters und Staatssekretärs für Kirchenfragen, Klaus Gysi, auf. Sohn Gregor war der jüngste Rechtsanwalt der Republik. Und hatte viele prominente Mandanten wie Rudolf Bahro und Robert Havemann.

Er hatte beste Kontakte ins ZK der SED und auch zur Staatssicherheit. Original-Akten, die über das Wirken des Rechtsanwalts Gysi, seine Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit Auskunft geben könnten, wurden nach der Wende offenbar größtenteils vernichtet.

Aber in den Akten seiner ehemaligen Mandanten finden sich die Kopien von Stasi-Berichten. Diese Akten beweisen, dass Gysi mehr war als nur ein Anwalt, dass ihm die Staatsräson oft wichtiger war als das Schicksal seiner Mandanten. Und dass Gysi nicht nur mit dem ZK der SED, sondern auch mit der Stasi geredet hat, wenn es darum ging, der Einheitspartei der DDR einen Dienst zu erweisen.

Die Dokumentation liefert den politischen und biographischen Zusammenhang, befragt ehemalige Mandanten und präsentiert Akten über das Wirken des Gregor Gysi. Der Film berichtet u. a. über die Tragödie eines Vaters, dessen Sohn von der Stasi ermordet wurde. Vom Schicksal der Bürgerrechtlerin Vera Lengsfeld, ihren quälenden Stunden in Untersuchungshaft. Vom Schriftsteller Lutz Rathenow, dessen Unterhaltung auf einem Empfang belauscht wurden.

Und von dem Berliner Künstler Thomas Klingenstein, dessen

Gesprächsinhalte einer Autofahrt bei der Stasi landeten. Viele Schicksale, aber immer eine Hauptperson: Gregor Gysi. Viele Opfer, die vor der Kamera reden. Und einer, der lieber schweigt: Gregor Gysi.

Video als Einteiler:

Und in drei Teilen:

Teil 1:

Teil 2:

Teil 3:

Hinweis: Die Kommentarfunktion zu diesem Beitrag war aufgrund eines technischen Problems bislang deaktiviert – wir bitten um Entschuldigung.

Kommentare von gestern Abend:

Fighter

Naja, jetzt wird das Erste wenigstens mal wieder kritisch...gerade Maschmeyer, jetzt Gysi.

WahrerSozialDemokrat

Ist egal! *Verlorene Zeit!*

(Spürnase: Humphrey)